



Fraktion im Rat der Stadt Gifhorn

Fraktionsvorsitzende

Nicole Rudbach

Braunschweiger Straße 139d

38518 Gifhorn

Telefon 0170 7237023

E-Mail nicole.rudbach@oedp-gifhorn.de

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Martina Bodenstein

Hülsenhorst 2

38518 Gifhorn

Telefon 0152 53779955

E-Mail martina.bodenstein@oedp-gifhorn.de

Stadt Gifhorn
Herrn Bürgermeister
Matthias Nerlich
Marktplatz 1
38518 Gifhorn

Gifhorn, 12.02.2021

Dialogverfahren Mobilfunkbetreiber

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nerlich, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,

die ÖDP-Fraktion im Rat der Stadt Gifhorn beantragt die Beratung und Beschlussfassung in den entsprechenden Gremien:

1. Die Stadt Gifhorn strebt eine Einigung mit den Mobilfunkbetreibern über Standorte von Mobilfunkanlagen im Dialog an.
2. Falls eine Einigung im Dialog für einzelne Standorte nicht möglich sein sollte, behält sich die Stadt Gifhorn vor, die Instrumente des Planungsrechtes anzuwenden.
(Anmerkung: Grundvoraussetzung für das Angebot von Alternativstandorten ist natürlich die Verfügungsgewalt der Gemeinde über die geeigneten Grundstücke oder Gebäude, auf denen die Mobilfunkanlagen errichtet werden könnten/sollen.)

Begründung:

Verfügungsgewalt und der Wille zum Handeln:

Die Kommune fügt den Planungszielen der Betreiber (möglichst günstiger Standort im Rahmen seines Versorgungsziels/Suchkreises) die Komponente Strahlungsminimierung/Vorsorge hinzu. Hierzu muss ein entsprechender Beschluss zur Aufnahme des sog. Dialogverfahrens mit den Betreibern zur Standortfindung des Stadtrates vorliegen. Inzwischen hat auch das Bundesamt für Strahlenschutz und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Mobilfunk als wahrscheinlich, bzw. möglicherweise krebserregend eingestuft. Dennoch wird der Ausbau in aller Eile vorangetrieben. Es ist für Mensch und Natur überlebenswichtig, gegen mögliche Gesundheitsgefährdungen offensiv vorzugehen. Auch als Kommunalpolitiker haben wir uns an das Vorsorgeprinzip* zu halten und sind verantwortlich! * Vorsorgeprinzip ist ein Prinzip der Umwelt- und Gesundheitspolitik; danach sollen die denkbaren Belastungen bzw. Schäden für die Umwelt bzw. die menschliche Gesundheit im Voraus (trotz unvollständiger Wissensbasis) vermieden oder weitestgehend verringert werden.

Nicole Rudbach

Martina Bodenstein